

Neujahrsansprache des Präsidenten 2022

- Es gilt das gesprochene Wort -

26. Januar 2022

„Toleranz kann allerdings nicht unterschiedslos und gleich sein hinsichtlich der Inhalte des Ausdrucks in Wort und Tat; sie kann nicht falsche Worte und unrechte Taten schützen, die demonstrierbar den Möglichkeiten der Befreiung widersprechen und entgegenwirken. Solche unterschiedslose Toleranz ist gerechtfertigt in harmlosen Debatten, bei der Unterhaltung, in der akademischen Diskussion; sie ist unerlässlich im Wissenschaftsbetrieb, in der privaten Religion. Aber die Gesellschaft kann nicht dort unterschiedslos verfahren, wo die Befriedung des Daseins, wo Freiheit und Glück selbst auf dem Spiel stehen: hier können bestimmte Dinge nicht gesagt, bestimmte Ideen nicht ausgedrückt, bestimmte politische Maßnahmen nicht vorgeschlagen, ein bestimmtes Verhalten nicht gestattet werden, ohne dass man Toleranz zu einem Instrument der Fortdauer von Knechtschaft macht.“

Dieses Zitat, sehr verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende, meine Damen und Herren,

könnte durchaus jüngeren Datums sein, ist es aber nicht. Es stammt von Herbert Marcuse, aus seinem 1965 erschienenen berühmten Essay „Repressive Toleranz“. Ausgehend von einer grundsätzlichen Wertschätzung von Toleranz als Vorbedingung für eine humane Gesellschaft grenzt er die Anwendbarkeit des Konstrukts gleich wieder ein. Denn eine „reine“ Toleranz im Sinne eines gleichberechtigten Nebeneinanders unterschiedlicher Meinungen könne leicht zu Missbrauch führen, insbesondere zu einer Zementierung bestehender repressiver gesellschaftlicher Strukturen.

Die Empirie der letzten 57 Jahre hat Marcuse in vielen Punkten widerlegt. Repressive gesellschaftliche Strukturen scheinen eher mit einem Mangel an Toleranz einherzugehen als mit einem Zuviel davon. Auch ist die Unterscheidung von „wahrer“ und „falscher“ Toleranz alles andere als einfach. Jedenfalls lässt sie sich nur selten – wie Marcuse meinte – „rational auf empirischem Boden treffen“.

Und damit sind wir im Heute angekommen. Denn Toleranz in unserer freien Gesellschaft konfrontiert uns nach wie vor mit schwierigen Dilemmata. Schon 2008 haben Potsdamer Bürgerinnen und Bürger in Anlehnung an das historische „Edikt von Potsdam“ von 1685 das „Neue Potsdamer Toleranzedikt“ herausgegeben. Es beschreibt das neue demokratische Selbstverständnis der Potsdamer Bürgerschaft und ist ein Bekenntnis zu Weltoffenheit und Toleranz. Auch in diesem Text spielt die Frage, was tolerierbar und was eben nicht (mehr) tolerierbar ist, eine zentrale Rolle.

Auch auf akademischen Campi weltweit wird seit einiger Zeit über Toleranz gegenüber Andersdenkenden wieder intensiver diskutiert. Einerseits ist solche Toleranz nach wie vor zwingende Vorbedingung für eine freie Gesellschaft im allgemeinen und den wissenschaftlichen Diskurs im Besonderen. Andererseits kann die Toleranz nicht grenzenlos sein. Dass sie sich nicht auf persönliche Beleidigungen und verfassungsfeindliche Äußerungen erstrecken darf, ist weitgehender gesellschaftlicher Konsens. Schwieriger wird es schon an der Grauzone zwischen Verfassungstreue und links- und rechtsextremistischen Äußerungen. Oder bei der Kontextualisierung von Literatur und Wissenschaft in Bezug auf unsere heutigen ethischen und normativen Rahmenbedingungen.

Dem mit Potsdam eng verbundenen Voltaire wird das Zitat zugeschrieben: „Mein Herr, ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür einsetzen, dass Sie sie äußern dürfen.“ Dieser Grundlinie folgend, wenngleich nicht ganz so martialisch ausgedrückt, gilt an der Universität Potsdam der Grundsatz „in dubio pro tolerantia“, also „Im Zweifel für die Toleranz“, wohl wissend, dass dies immer wieder zu Kontroversen führt. Lassen Sie mich dies an einigen Beispielen illustrieren.

Erstens die Frage, ob Rechts- oder Linkspopulisten Aufenthalts- oder gar Rederecht auf dem Campus haben. Ich würde sagen: Selbstverständlich ja, solange sich diese nicht verfassungsfeindlich äußern und auch nicht – um einen Terminus technicus der Verfassungsschützer zu bemühen – als „erwiesene Extremisten“ eingestuft wurden. Dass diese Toleranz gegenüber ganz anders Denkenden weh tut, liegt in der Natur der Sache, ist aber eine unvermeidliche Konsequenz der gerade auf unseren akademischen Campi gebotenen Offenheit.

Zweitens wird immer wieder diskutiert, ob wir unsere Studierenden vor potenziell traumatisierenden Lehrinhalten warnen oder gar schützen sollten. Schutz kann in einem freien akademischen System nicht in einer „Cancel Culture“ münden, in der man bestimmte Inhalte unzugänglich macht. Eine Kontextualisierung der möglicherweise belastenden Passagen ist hingegen geradezu eine Kernaufgabe der modernen Universität im Sinne der Aufklärung – die viele unserer Lehrenden auch ganz selbstverständlich vornehmen. Analoges sollte übrigens auch schon für unsere Schulen gelten.

Drittens stellt sich die Frage, zu welchen Themen überhaupt noch geforscht werden soll beziehungsweise darf. „Forschung und Lehre sind frei“ sagt das Grundgesetz. Warum also überhaupt diese Frage? Nun, wie eine neue Allensbacher Studie zeigt, ist die Frage durchaus berechtigt. Denn während fast alle befragten Hochschullehrenden konzidierten, dass man z.B. als Westdeutscher über die DDR forschen darf – oder als Atheist über die katholische Kirche – wurde es bei brisanteren Inhalten schon enger. Den Klimawandel auf dem Campus zu bestreiten, würde schon die Hälfte der Befragten gerne verbieten. Zwei Drittel halten es für illegitim, den Islam als Religion öffentlich abzulehnen, und beim Klonen von Embryonen sagen 4 von 5 Befragten nein.

Viertens und letztens die diffizile Frage, wie mit wissenschaftlich fragwürdigen Äußerungen und deren Protagonisten umzugehen ist. Auch hier stellt sich immer wieder die Frage der Kontextualisierung. Ich hätte nichts dagegen, wenn in eines unserer Seminare ein Vertreter der „Flat Earth Society“ eingeladen wurde, solange dessen Meinungen als Beispiel für wissenschaftlich eindeutig widerlegten Unsinn dienen würden. Auch Minderheitsmeinungen in laufenden gesellschaftlichen Debatten wie zum Klimawandel oder zur Coronakrise haben selbstverständlich ihren Platz auf unseren Campi und in den Talkshows. Insofern war auch jedwede Kritik an unserer Entscheidung willkommen, ab Januar dieses Jahres auf unseren Potsdamer Campi nach dem 2G-Prinzip zu verfahren. Eine Entscheidung, die auch eine große Mehrheit unserer Studierenden befürwortet, bei der nichtgeimpften Minderheit allerdings zu lautstarken und aggressiven Rückmeldungen führte. Umso wichtiger ist es in solchen angespannten Debatten, den Studierenden – oder dem Fernsehpublikum – klar zu kommunizieren, welche Meinung die

Wissenschaft mehrheitlich vertritt, wie groß die jeweiligen Mehrheiten sind, und welche Standpunkte von der Wissenschaft mehrheitlich eben *nicht* gedeckt werden.

Und so sind wir wieder bei Corona angekommen – einem Thema, das im akademischen Leben ubiquitär präsent ist, gerade weil Corona akademisches Leben extrem erschwert und in vielen Bereichen unmöglich macht. Bisher sind wir mit 3G einigermaßen gut durch die Krise gekommen. Vor wenigen Wochen haben wir in Potsdam wie gesagt auf 2G umgeschaltet, weil wir maximale Präsenz in der Lehre umsetzen und gleichzeitig das Infektionsrisiko für unsere Studierenden und Lehrenden weitestgehend reduzieren wollen. Aktueller Stand der Forschung hierzu ist, dass 2G hier der richtige Weg ist. Auch – aber nicht nur – weil er hoffentlich weitere Studierende und Lehrende dazu motiviert, sich impfen zu lassen und so ihren überfälligen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten.

Auch anderweitig haben wir an der Universität Potsdam das Beste aus der Situation gemacht. Unsere beiden Sonderforschungsbereiche wurden im Frühjahr positiv evaluiert, sodass beide von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für weitere vier Jahre gefördert werden. Am 18. August wurde im Beisein des Bundespräsidenten unser Europäisches Zentrum Jüdischer Gelehrsamkeit im frisch renovierten Nordtorgebäude am Neuen Palais eröffnet. Das ganze Jahr über wurde mit frisch eingeworbenen Drittmitteln von Bund und Land am Ausbau unserer digitalen Lehrinfrastruktur gearbeitet. Und schließlich wirft die nächste Runde der Exzellenzstrategie des Bundes ihre Schatten voraus; wir planen unter anderem, einen Antrag zu unseren Potsdamer Kernthemen Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit einzureichen. Ein Wermutstropfen darf nicht unerwähnt bleiben. Dass in Covid-Zeiten ausgerechnet unserer gemeinsam mit BTU und MHB getragene Fakultät für Gesundheitswissenschaften massive Budgetkürzungen auferlegt wurden, ist schlichtweg nicht nachvollziehbar. Wir haben der Landesregierung ein schlüssiges Konzept für eine Brückenfinanzierung vorgelegt, die der Fakultät als wichtigen Vorbereitungsschritt für eine Hochschulmedizin in Cottbus einerseits und eine gestärkte und akkreditierte MHB andererseits weiter ihre Arbeit ermöglicht. Es wäre nicht gut für Brandenburg, wenn diese Fakultät wegen eines noch strittigen Betrags von gerade einmal 1,5 MEUR jährlich unter die Räder geriete.

Soviel, meine Damen und Herren, zum akademischen Leben an der Universität Potsdam in Zeiten von Corona. All dies wäre ohne Toleranz nicht möglich. Toleranz ist die Essenz jeglichen akademischen Lebens, beileibe nicht nur in Potsdam, einer Wiege der Aufklärung. Diese Toleranz gilt natürlich – ganz nach Voltaire – insbesondere für Vertreter von Minderheitsmeinungen, auch in politisch sensiblen Bereichen wie Corona und der Klimakrise. Entscheidend ist gerade in solchen Kontexten freilich die nicht von Leidenschaft, sondern von Vernunft gesteuerte Einordnung in den Stand der Forschung. Unsere Pflicht als Wissenschaftler ist es, um Dieter Imboden zu zitieren „trotz beschränktem und oft nur vorläufigem Wissen aufgrund der besten verfügbaren Informationen Aussagen über wichtige gesellschaftliche Fragen zu wagen, zum Beispiel über Grenzwerte für die Schädlichkeit chemischer Verbindungen im Trinkwasser, über Radioaktivität, [...] und – ganz aktuell – über Klimaveränderungen und deren Auswirkungen.“ Noch aktueller würde ich hinzufügen „... und über Chancen und Risiken der Coronaimpfung“. Wissenschaftlich derart gesicherte Erkenntnisse müssen die Grundlage für jede Politik zum Wohle der Menschheit sein. Und da schneiden Impfboykotteure und Klimaleugner gerade ganz schlecht ab.

Lassen Sie mich zum Abschluss Ihnen allen danken – unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, unseren Professorinnen und Professoren, unseren Studierenden für Ihre außergewöhnliche Leistungs- und Einsatzbereitschaft in schwierigen Zeiten, und unseren Ehemaligen und Freunden für Ihre Solidarität und Ihre Bereitschaft, uns in diesen Zeiten auch bei schwierigen Entscheidungen zu unterstützen und uns gewogen zu bleiben. Auf ein gutes Jahr 2022 und auf ein baldiges persönliches Wiedersehen!